

## **Keine Forderungen an die Linkspartei!**

Kein Besuch einer Veranstaltung mit Abgeordneten der Linkspartei, bei der nicht ein Schwall von Erwartungen und Forderungen auf diese bedauernswerten Geschöpfe hereinbricht. Oder sind sie gar nicht bedauernswert, denn manchmal werden die Besucher gar aufgefordert, „eure Forderungen zu stellen“?!

Wir sollten nicht noch unsere gewerkschaftlichen Forderungen draufpacken sondern einfach konstatieren: Keine Forderungen an die Linkspartei! Denn die Linkspartei ist für uns weder Klagemauer, noch Wunschkonzert, noch Weihnachtsmann. Forderungen und Erwartungen entgegenzunehmen oder sie sogar herauszufordern, heißt eine Welt von Illusionen aufzurichten. Bei Regierungsparteien mag das Forderungstellen noch einen realen und rationalen Kern haben, zumindest wenn sie von starken Gruppen gestellt werden.

Welche Funktion hat aber das Forderungstellen bei der Linkspartei? Wissen die Abgeordneten nicht wen bzw. wessen Interessen sie vertreten? Oder wollen sie sich bei den Fragestellern liebkind machen nach dem Motto: Ja, ihr habt die Richtigen gewählt und wählt uns in vier Jahren wieder. Oder hat das Fragenstellen die Funktion von Kenntlichmachung, Eigenmarkierung nach dem Motto: Seht mal, im Gegensatz zu SPD/CDU/Grüne identifizieren wir uns mit euren berechtigten Forderungen, also Stallgerucherzeugung, ein Image verschaffen? Diese Methode, die ganz im Rahmen der übrigen Parteien bleibt, hat aber politische Folgen...

Aus dem Charakter dieser Veranstaltungen, der Bereitschaft, Forderungen entgegenzunehmen, bzw. gar der Aufforderung, welche zu stellen, entwickelt sich die logische Konsequenz, daß auf diesen Veranstaltungen bald argumentiert werden wird: Eure ja so berechtigten Forderungen können wir aber erst in der Regierung erfüllen. Wir haben die SPD scharf im Blick, falls die endlich bereit ist mit uns zu koalieren werden wir es tun.

Ja, wir sollten klare Erwartungen und deutliche Forderungen an die Abgeordneten der Linkspartei stellen, an ihre politische Haltung und die Form ihrer Auseinandersetzung mit den übrigen Parteien.

Sie sollten gegen den Strom der anderen Parteien schwimmen, die seit vielen Jahren neoliberale Propaganda im Bundestag verbreiten und in jeder Talkshow, in die sie gelangen. Im Einheitschor von Medien und Parteien wird uns eingehämmert: Es gibt keine Alternative zu dieser Wirtschaftspolitik. Um dagegen zu halten, brauchen die Abgeordneten erstens einen Standpunkt und zweitens eine klare Haltung.

Sie sollten keine Illusionen erzeugen, indem sie mit den anderen Parteien wetteifern Arbeitsplätze zu fordern, sondern aussprechen, daß in diesem Wirtschaftssystem die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigt werden kann aufgrund der an sich erfreulichen Tatsache des technologischen Fortschritts und der

Produktivitätssteigerung..

Ja, wir fordern eine klare Oppositionshaltung von den Abgeordneten der Linkspartei, neun Prozent haben sie gewählt, allerdings 87 Prozent die Schaffer und Befürworter der Agenda 2010-Politik. Man kann also annehmen, daß diese neun Prozent ein etwas klareres politisches Bewußtsein haben als die übrigen Wähler. Die gewählten Abgeordneten haben die Aufgabe, diesen Unterschied zu nutzen und ihre Wähler nicht politisch zurückzuführen zu einer Koalition mit der SPD sondern diese Position auszubauen, d.h. eine Oppositionshaltung gegen den Verursacher des Sozialabbaus und der Lohnkürzungen zu entwickeln, das kapitalistische System. Die Abgeordneten sollten bei allen Treffen mit den Wählern und bei allen Erklärungen keine Illusionen erzeugen in bezug auf Wunscherfüllung sondern aufklären und damit politische Erziehung betreiben. Die Linkspartei hat allein schon durch ihre Existenz einen gewissen politischen Einfluß, indirekt auch auf Regierung und übrige Parteien des Bundestages. Warum ist der Berliner Bürgermeister Wowereit (SPD) politisch schlauer als viele Abgeordnete der Linkspartei? Nach der Wahl sagte er, daß er dafür sei, die Linkspartei in eine Koalition von SPD und Grünen mit rein zu nehmen, denn dann sei sie politisch tot.

Wenn ich Abgeordneter wäre, würde ich meinen Wählern sagen, verdammt nochmal, ich bin doch kein Nikolaus, dem man immer mehr Wunschkatologe in den Rucksack steckt! Ich will einen freien Rücken behalten, damit ich besser fechten kann, das heißt, mich im Bundestag besser mit den pro-Agenda Parteien streiten und damit euren eigenen Widerstand unterstützen kann!

Da wir das Innenleben der Fraktion nicht kennen, bleibt uns nur zu hoffen, daß kein Abgeordneter Typ Roland Claus vertreten ist, der beim Besuch von US-Präsident Bush sich bei diesem für drei PDS-Abgeordnete entschuldigte, die gegen dessen Kriege protestierten. Und daß keine Abgeordnete vertreten sind, die von den anderen Parteien geliebt werden wollen, die die Ablehnung und den Haß der anderen aushalten.

Die viermalige Nichtwahl von Lothar Bisky zum der Fraktion zustehenden Posten des stellv. Bundestagspräsidenten zeigt die Haltung der anderen Parteien. Diese Gegnerschaft sollte sich weiter politisch erarbeitet werden.

Es ist in der neuen Fraktion der Linkspartei eine bunte Mischung von PDS - und WASG-Abgeordneten zusammengelassen, die vielleicht die Chance bietet, darüber nachzudenken, ob man glaubwürdig bleibt, wenn man auf Bundesebene gegen die Agenda 2010 opponiert und sie auf Landesebene exekutiert (Berlin, Meckl.-Vorpomm.).

Was mir bisher gefallen hat: Zwei irakischen Gewerkschaftskollegen, die über die Lage der Erdölarbeiter im Irak auf einer Tournee berichten wollten, ist vom deutschen Innenministerium die Einreise verweigert worden. Ulla Jelpke (und andere Abgeordnete) haben sofort die deutschen Initiatoren der Tour unterstützt beim Versuch, die Einreise doch noch zu ermöglichen. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein, wir sollten allerdings nichtsdestotrotz dankbar sein für

diese Bereitschaft. Ich fand auch Lafontaines Rede am 9.11.05, seine deutlichen Worte gegen die Kampfeinsätze der Bundeswehr gut.

Mehr Klarheit: Auf einer Veranstaltung der Linkspartei in Hamburg kündigte der Abgeordnete Hüseyin Aydin die Schaffung einer Kampagnenfähigkeit zwischen Linkspartei und Gewerkschaften an, also Kampagnen gegen die Auswirkungen der Agenda-2010-Politik. Es ist zu hoffen, daß Fraktion und Partei willens und fähig sind zu einer derartigen Kampagne, daß aber „die“ Gewerkschaften daran teilnehmen, möchte ich stark bezweifeln. Peter Hartz und Ursula Engelen-Kefer haben an der Schaffung der Agenda 2010 mitgewirkt, die Gewerkschaftsführer der Einzelgewerkschaften haben ihr zugestimmt. Und jetzt erwartet der Abgeordnete Aydin das Mitmachen „der“ Gewerkschaften? Es sollten keine Illusionen erzeugt sondern die Verhältnisse in den Gewerkschaften realistisch dargestellt werden.

Die Kritik der Linkspartei am Neo-Liberalismus ist bisher eine moralische. Wenn sie sich mit der Frage beschäftigen würde, warum heute kein rheinischer Kapitalismus mehr möglich ist, warum die kapitalistische Produktionsweise diesen Verlauf genommen hat, würde sie zu einer materialistischen Kapitalismuskritik kommen.

Oskar Lafontaine kündigte an, daß die Linkspartei die Verhältnisse im Bundestag zum Tanzen bringe. Man kann es auch umgekehrt sehen: Wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse am Tanzen sind, bleibt es auch im Bundestag nicht ruhig.

Dieter Wegner, Hamburg  
Dez. 05